

LESERBRIEFE

Weihnachtslicht auch 2050

Weihnachtsbeleuchtungen, Heizungen, weniger Sonnenstunden, weniger Direktabfluss für die Wasserkraftwerke – es ist nichts Neues, dass die Schweiz im Winter Strom importieren muss. In Zukunft wird sich der Energiesektor infolge der Energiestrategie 2050 stark verändern müssen. Was bedeutet dies für das Wallis? Die zukünftigen Herausforderungen lassen sich in drei Stufen unterteilen, welche wie eine Pyramide aufgebaut sind:

Stufe 1: Stromkonsum. Wenn der unnötige und ineffiziente Stromverbrauch reduziert wird, muss weniger Strom produziert, transportiert und gespeichert werden.

Stufe 2: Ausschöpfung der vielfältigen, lokalen erneuerbaren Energien. Für das Wallis bedeutet dies, die Wasserkraftwerke zu bewahren und das Potenzial der Fotovoltaik (FV) auszubauen. Die erneuerbaren Energien sind jedoch von der Natur abhängig und können die Nachfrage nicht zu 100 % decken. Aus diesem Grund müssen wir uns nach den erneuerbaren Energien richten. So lassen sich zum Beispiel bei einer FV-Anlage die Wärmepumpe oder die Waschmaschine programmieren, sodass die Haushalte auch ökonomischer geführt

werden können. Die geodätische Energie des Wassers hat dann die wichtige Rolle, den Stromverbrauch beim Fehlen der Sonnenstrahlen zu decken.

Stufe 3: Speichern und internationale Zusammenarbeit. Wenn unsere lokalen erneuerbaren Energien zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht ausreichen sollten, wird die Speicherung oder die internationale Zusammenarbeit wichtig. Im Winter könnten beispielsweise die Offshorewindparks aus der Nordsee ein Thema werden. Da beim Speichern noch offen ist, welches die nachhaltigste Lösung ist, gilt es, hier ebenfalls die Wasserpumpkraftwerke auszubauen. Es ist wichtig, die Umsetzung des neuen Energiemodells von der untersten Stufe der Pyramide nach oben anzugehen. Wenn es dem Wallis gelingt, unnötigen und ineffizienten Stromverbrauch zu vermindern, FV zu fördern und die Wasser(pump-)kraftwerke zu bewahren, ist es für die Zukunft gerüstet.

Verspessen wir die Chance also nicht, rechtzeitig zu handeln, um unseren Teil an der Umsetzung der Energiestrategie 2050 beizutragen!

Jérôme Beffa, Salgesch

Abstimmungsfaulenzen ist wie Gras zu Heu verwesen

Wer nur flüchtig und zu schnell liest, wird nie alles verstehen. Lesen und Denken gestalten unser Leben, dieser Satz mag dem einen oder andern aufstossen, besonders denen, die nicht wählen und abstimmen gehen. In der heutigen Verfassung des Kantons Wallis stehe kein Wort über die Umwelt, das ist eine falsche Sicht. Nur durch grüne Brillengläser des «Appel Citoyen» kann die neue Verfassung nicht neu gestaltet werden. Die Natur bleibt der wichtigste und absolute Trumpf des Wallis. Die Touristinnen und Touristen kommen zu uns, weil man hier Natur erleben kann.

Ja, wir müssen diese Natur schützen und sie für die kommenden Generationen erhalten. Die neue, moderne Verfassung muss nicht nur der Tatsache Rechnung tragen, dass das Wallis allein von seinen Naturschönheiten lebt. Die Oberwalliser Minderheit bearbeitet und erhält die Hälfte vom Gebiet des Kantons Wallis, auch im Namen des Allmächtigen. Es gibt viele Artikel in der Verfassung des

Kantons, die eben viel tiefer blicken lassen, wir entdecken viel mehr, als wir hinter den dünnen Worten vermuten.

Wem die Natur am Herzen liegt, sollte nicht hinter dem Ofen schlafen, sondern aufstehen und mit seiner Meinung für die Zukunft einstehen. Demzufolge sollten wir, wenn wir ein glückliches, ein gutes Leben anstreben, uns nicht vorrangig um materielle, bloss äussere Güter kümmern, vielmehr muss unsere Sorge dem Denken «wie weiter?» gelten. Was sich durch die neue Verfassung durchziehen muss, ist der Wille des Zusammenlebens. Einigkeit muss gestaltet und kontrolliert sein, wer Bezirke und die Präfekten abschaffen will, hat keine Ahnung, was da gearbeitet wird. Die Pläne der Regierung, gegeben vom Kantonsrat, können nicht einfach auf die Dienststellenleiter geschoben werden. Das Volk muss mitreden, Gemeinden und die Bezirke, geleitet von den Regierungsverantwortlichen, unterstützen, nicht einfach am Waldrand stehen und von Gras zu Heu verwesen.

Walter Jaggy, Kippel

«Herberge-Suche»

Sie leuchtet sehr, die Weihnachtszeit! In diesen Wochen hören wir von der Herbergesuche von Maria und Josef. Als Kind habe ich einmal einen Wirt gespielt, der Maria und Josef nicht aufnehmen konnte, weil er keinen Platz hatte. Ich habe mich geschämt, als ich in der Zeitung las, dass es bis zu tausend Unterschriften gab gegen das vom Bund geplante Aufnahmezentrum für Asylanten in Turtmann. Wie beschämend, später die Genugtuung,

als der Bund dieses Projekt aufgab. Dazu ein Zitat von Dorothee Sölle: «Hör nicht auf, mich zu träumen, Gott. Nicht du sollst meine Probleme lösen, sondern ich deine, Gott der Asylanter. Nicht du sollst den Flüchtlingen Raum geben, sondern ich soll dich aufnehmen, schlecht versteckter Gott der Elenden.» – So lasse ich mich ein auf eine sehr nachdenkliche Adventszeit.

Charlotte Summermatter Schmid, Visp

LESERBRIEFE

Nicht zu Ende gedacht

Initial mit Spannung, doch leider abschliessend mit Befremdung habe ich den Kommentar von Thomas Rieder zur Departementsverteilung im WB vom 11.12.2018 gelesen. Die Diskussion über die Attraktivität der einzelnen Departemente wurde von den Schweizer Medien in den vergangenen Tagen zur Genüge geführt. Die objektive Messbarkeit der Attraktivität von Departementen ist schlicht nicht möglich. Jedes Departement hat seinen Beitrag zum Gesamt-Puzzle der Schweiz beizutragen. Würde eines davon wegfallen, wäre das Puzzle weder vollständig noch funktionsfähig. Aus diesem Grund kommt allen Departementen die gleiche Relevanz zu und eine Bewertung wird hinfällig. Explizit zum Departement VBS muss hinzugefügt werden, dass es nicht nur aus dem Bereich Verteidigung, sondern auch aus den Bereichen Bevölkerungsschutz und Sport besteht. Zwei weitere Aspekte des alltäglichen Miteinanders in der Schweiz, welche in der medialen Berichterstattung bedauerlicherweise oftmals vergessen gehen. Die Thematik Mehrwert und Nachhaltigkeit von Investitionen in die Armee

wurde von Herrn Rieder nicht zu Ende gedacht. Investitionen im Bereich der Verteidigung garantieren die Sicherheit und Freiheit aller Bürgerinnen und Bürger sowie aller Gäste der Schweiz. Zwei essenzielle Grundlagen, welche für das Leben in einer freien Demokratie unabdingbar sind und welche in der Bundesverfassung explizit der Armee übertragen werden. Kein Bereich – egal, ob es sich um Wirtschaft, Bildung, Infrastruktur, Sozialwesen, Kultur, Spitäler, Tourismus oder andere Sektoren handelt – könnte ohne grundlegende Sicherheit und Freiheit weder gefördert noch unterstützt werden. Im Gegensatz zur Diskussion, ob das Huhn oder das Ei zuerst da war, ist es bei der Sicherheit klar. Investiert wird nur in Ländern, wo Sicherheit herrscht, und Wohlstand entsteht nur dort, wo investiert wird. Die Schweiz ist das beste Beispiel dafür. Darum schafft jeder Franken, der für die Verteidigung und damit für die Sicherheit unseres Landes ausgegeben wird, einen Mehrwert für die Bevölkerung und garantiert nachhaltig die Sicherheit und den Wohlstand in unserem Land.

Diego Heinen, Brig-Glis

Falscher Vergleich

Am 15. Dezember schrieb Christian Lorenz einen Leserbrief mit dem Titel «Lieber Herr Salzmann». Er ist von den Bundesratswahlen ausgegangen und hat diese Wahl mit der von Maria in Zusammenhang gebracht. Wenn er damit Maria, die Mutter von Jesus meint, ist er meilenweit neben den Schuhen. Das kann er und alle anderen niemals weder mit der Bundesratswahl noch mit Eva, der Frau von Adam, in Zusammenhang bringen. Diese Eva gleicht eher uns Erdenbürgern, aber niemals Maria, die sich der Bernadette in Lourdes als «Ich bin die Unbefleckte» zu erkennen gab. Ein Satz, den die 12-jährige Bernadette weder deuten noch verstehen konnte. Sie wurde in den Keller gesperrt und sie hat darauf geantwortet: «Ihr könnt mich wieder

einsperren, aber erst wenn ich diese schöne, blau gekleidete Frau wieder gesehen habe.» Dies ist geschehen um den 2. März 1858. Noch näher liegen die Erscheinungen von Fatima. Hier erschien die Muttergottes den portugiesischen Geschwistern einige Male. Als eines der Geschwister, vor tausend von Menschen, den Vorwand brachte, «Die Leute glauben uns nicht», liess die Gottesmutter die Sonne wie eine feuerspeiende Spirale sich drehen. Die Gelehrten deuten dieses Ereignis von damals als starke Sonnenflecken-Tätigkeit. Warum sind viele Menschen der Meinung, wenn das Herz nicht mehr schlägt, sei der «Ofen» aus? Nein, dann beginnt erst das von uns Menschen nicht erklärbare «Leuchten».

Martin Studer-Zimmermann, Visp

Für ein neues Abrechnungsmodell in der Psychotherapie

Die Schweizer Psychologen-Vereine schlagen ein Abrechnungsmodell vor, das patientenfreundlicher, praktischer, gerechter und aus meiner Sicht schon lange fällig ist. Ich führe seit mehr als 30 Jahren eine Praxis für Psychotherapie in Brig und musste immer wieder feststellen, dass Betroffene aus finanziellen Gründen nicht in eine nötige Psychotherapie einsteigen konnten oder vorzeitig ausgestiegen sind. Mit diesem Anrechnungsmodell kann nun die Psychotherapeutin nach der ärztlichen Verordnung – aufgrund der langjährigen universitären Ausbildung in Psychologie und der folgenden vier- bis fünfjährigen Spezialisierung in Psychotherapie – in eigener Verantwortung arbeiten. Veränderungen im Arbeitsleben (Digitalisierung oder neue Familienstrukturen etc.) begünstigen Krankheitsbilder, die vermehrt mit seelischem Stress in Zusammenhang stehen. Bei diesen drängen sich psychotherapeutische Inter-

ventionen auf. Gleichzeitig stellen wir einen tendenziellen Rückgang der Anzahl Psychiater fest. Lange Wartezeiten sind die Folge. Eine verspätete Intervention kann aber zur Chronifizierung, zu vermehrten Arbeitsausfällen und einer zusätzlichen volkswirtschaftlichen Belastung führen. Menschen mit psychischen oder psychosomatischen Leiden werden immer noch als Faulenzer beschämt oder als Schmarotzer beschuldigt, was ihnen den Einstieg in eine Psychotherapie nicht erleichtert, denn es wäre wie eine Bestätigung der Vorurteile ihnen gegenüber. Wer die Petition unterschreibt (bei den Psychologen erhältlich), erleichtert indirekt dem psychisch Kranken den Einstieg in die Psychotherapie. Ferner unterstützt er die Forderung, dass die Grundversorgung für psychisch Kranke in Zukunft gesichert ist. Niemand weiss, ob er diese Hilfe nicht eines Tages selbst braucht.

Willi Amherd, Brig

PARTEIFORUM

Zum Eklat in der Visper WISTA-Kommission

Die Gemeinde Visp ist in wirtschaftlicher Hinsicht und auch bezüglich Arbeitsplätze die wichtigste Gemeinde im Oberwallis. Aus diesem Grund gibt es in Visp eine Kommission «Wirtschaft und Standortmarketing» (WISTA). In dieser nehmen neben direkten Interessenvertretern auch Vertreter der politischen Parteien Einsitz. Seit einiger Zeit lief in der besagten Kommission vieles schief: Nicht die umstrittene Personalie, sondern überhaupt der Entscheid, die Leitung der Lonza Arena zu vergeben, ohne vorher eine fundierte und ganzheitliche Strukturanalyse durchzuführen, hat das Fass endgültig zum Überlaufen gebracht. Nach jahrelangem Hinhalten des Gemeinderates haben alle Vertreter der politischen Parteien in der WISTA-Kommission das Handtuch geworfen. Die Kommission hat mehrmals diskutiert, dass die Strukturen der Gemeinde Visp betreffend Tourismus, Kultur und Kongresszentrum, Litternahlle und anderer Sportstätten, Ortsmarketing und weiteren gemeindenahen Betrieben zu aufgebläht und unkoordiniert sind. Die Forderung der Kommission, während dem Bau der neuen Eishalle als grösste Event-Location im Oberwallis die Chance zu packen und die Strukturen zu analysieren, ist offensichtlich vom Gemeinderat abgeschmettert worden – oder nicht mit

dem nötigen Nachdruck bis zu ihm gelangt. Unter der Leitung von Gemeinderätin Stefanie Zimmermann wurden die Aufgaben und Ziele der WISTA-Kommission ausgearbeitet, was jedoch keine Änderungen der nicht zufriedenstellenden Situation zur Folge hatte. Dass sie nun die Kommission als «Informations- und Koordinationsdrehscheibe» darstellt, kann so nicht unterschrieben werden. Die Informationen flossen nur sehr spärlich oder gar nicht und – falls doch – mit einer erheblichen zeitlichen Verzögerung, sodass die Entscheidungen nur noch zur Kenntnis genommen werden konnten. Von einer beratenden Funktion und echter Mitarbeit kann somit in keiner Weise gesprochen werden. Die versprochenen Schwerpunktthemen wurden nicht in Angriff genommen. Hier wird nun das Regionalentwicklungsprogramm zur Bewältigung des Wirtschaftswachstums (WIWA) vorgeschoben. Das ist ein grosser Witz: Auch dieses Programm hatte in der Kommission nur Informationscharakter. Es wäre sehr wohl möglich gewesen, nach einer längeren Sitzungspause andere Themen zu bearbeiten. Dieses Verhalten und auch die Reaktionen der Gemeinde im WB-Artikel zeigen den Stellenwert, welchen diese Kommission beim Gemeinderat oder der betreffenden Gemeinderätin hat.

SP Visp-Eyholz

Bewohner von Visp West im Stich gelassen

Die CSP Visp vertritt keine Kritik, weshalb sie in ihren letzten Leserbriefen mit dem Finger auf die SVP und deren Gemeinderat zeigen, ohne dabei Fakten zu haben. Doch dort, wo CSP-Gemeinderat Rolet Gruber sich im Neubaugebiet Visp West für die Bewohner dieses Quartiers hätte einsetzen sollen, bleiben nur enttäuschte Gesichter zurück.

In Visp West wurde durch die Gemeinde nämlich ein angeblich ökologisches Fernwärmesystem zwangsverordnet. Alle Neubauten – sowie bestehende Bauten bei Heizungsenergieerneuerungen – im Quartier müssen an dieses Fernwärmenetz angeschlossen werden! Diese Pilotanlage hatte über mehrere Jahre naturgemäss verschiedene Kinderkrankheiten. Aufgrund dieser Fehler und Störungen sind an verschiedenen Heizungen der Gebäude in Visp West Schäden entstanden und nun sind Massnahmen bei den Heizungen für einen zukünftig störungsfreien Betrieb notwendig. Die IG Visp West hat sich über einen Zeitraum von fast zwei Jahren dafür eingesetzt, mit dem dafür zuständigen CSP-Gemeinderat Rolet Gru-

ber einen für alle Seiten tragbare Lösung zu finden. Obwohl im Sommer 2018 eine entsprechende Abmachung mit verschiedenen Massnahmen getroffen wurde, wird nun im Rathaus zurückbuchstabiert und die Hausbesitzer und Bürger von Visp West werden mit einem symbolischen Beitrag abgespeist und auf den übrigen Kosten sitzen gelassen. Zudem werden die überhöhten Energiebezugspreise, mit der Begründung eines Defizites seitens der Gemeinde, nicht angepasst, obwohl nachweislich die Kosten des Energienetzes hochgerechnet werden und das Defizit somit gewollt ist. Weiter ist es auch diesen Winter wieder notwendig, mit klimaschädlichem Erdöl den Energiebedarf von Visp West zu garantieren. Es ist beschämend, dass man im Visper Rathaus nicht bereit ist, sich den Sorgen der Bewohner eines doch recht grossen Quartiers in Visp ernsthaft anzunehmen und versucht, diese mit Symbolpolitik ruhigzustellen. Die CSP täte somit gut daran, sich ihrer eigenen Baustellen in der Gemeinde anzunehmen, anstatt gegen andere auszuteilen.

SVP Visp-Eyholz

ANZEIGE

News aus dem Oberwallis, der Schweiz und der Welt auf 1815.ch

